**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

**Band:** 9 (1929-1930)

**Heft:** 5-6

Rubrik: Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 28.07.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

servativen und überlieserungsgesormten Landes erschien, auf allen Gestieten besindet. Ganz besonders aber auf dem zentralen der innersten Seelenhaltung, wo überall lange Berdrängtes wieder in seine Rechte einzutreten zu streben scheint. Ist doch bereits in England in nicht uns beträchtlichen Kreisen das Wort "Viktorianisch", früher ein eindeutiger Lobestitel, jetzt zu einem Kulturpejorativ geworden, wie etwa in Deutschsland "Wilhelminisch". Vielleicht, so scheint es zuweilen, werden diese Umschichtungen ein stärkeres Hervortreten des germanischen Faktors in der englischen Seele bedingen, bezw. von ihm bedingt werden. Auf jeden Fall ist es wichtig, diese Dinge im Auge zu behalten, und dazu können jene Bücher zweckmäßigerweise helsen.

Erich Brock.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

Zwiesprache mit der Sozialdemofratie.

Bie wird sich die Sozialdemokratie zu einer künftigen Neugestaltung des Staates stellen? Diese Frage ist angesichts der Stärke, der verhältnismäßigen Geschlossenheit und des Umstandes, daß die sozialistische Partei immer noch mehr oder weniger eine Partei ist, die an die Zukunft Ansprüche stellt, von entscheisdender Bedeutung. Im "Bolksrecht" (Zürich) war vor einiger Zeit zu unsern verschiedentlichen Aussührungen über die Hinfälligkeit des bestehenden liberalen Parlamentes und die Wünschbarkeit seiner teilweisen Ersezung durch eine berussssständische Kammer Stellung genommen worden. "Der Borschlag, das Parlament zu ersezen — hatte es dort geheißen — durch ausgebaute Expertenkommissionen von Sachverständigen, hat mit Demokratie nichts mehr zu tun und läuft schnursstrafs auf einen reaktion ären, antide mokratischen Experten zu besusen dann als Wahlbehörde das Recht hat, die entscheidenden Experten zu besusen, bei dem liegt als Diktator die Macht im Staate. Wir verzichten darauf, uns hier des weiteren mit den Monatshesten auseinanderzusesen, die sonst so gerne sich als Hüter der Demokratie betrachtet haben."

gerne sich als Hüter der Demokratie betrachtet haben."

Bei diesen Auslassungen des "Bolksrechts" handelt es sich um ein offenssichtliches Mißverstehen Mißverstehenwollen — dessen, was uns am bestehenden liberalen Staat unzulänglich erscheint und durch was wir es überwunden sehen möchten. Da das jetzige politische Parlament den an es gestellten Anforderungen gar nicht mehr oder nur noch sehr unvollkommen zu genügen vermag, soll es entsprechend seinem doppelten Aufgabenkreis zerlegt werden, wobei derzenige Teil der Gesetzgebung, zu dessen Berwirklichung es Sachstenntnis und Kenntnis des Willens der einschlägigen Sachs, bezw. Fachverbände oder Berufsstände bedarf: die Borberatung der Gesetz, einer berufsständischen Kammer zu überweisen wäre. Die Mitglieder dieser Kammer würden natürlich nicht, wie das bei den vergleichsweise erwähnten heutigen Expertenkommissionen des Bundesrates der Fall ist, von der Regierung berufen, sondern von ihren entsprechenden Berufssund Standesorganisationen abgeordnet. Daß diese Kammer ferner mit ihrer lediglich beratenden Besugnis keine genügende Gegengewalt gegenüber der — immerhin als volksgewählt gedachten — Regierung darstellen würde, ist selbstverständlich. Eine irgendwie, sicher aber wenig umfangreich, beschaffene politische Kammer mit entscheidender Zuständigkeit hätte neben ihr dieser Aufgabe zu dienen.

Das Mißtrauen, das der Artikelschreiber des "Volksrechts" unsern Ge= dankengängen hinjichtlich ihres demotratischen Charafters entgegenbringt, durfte also faum angebracht sein — abgesehen davon, daß man sich vorerst einmal grundsätzlich darüber verständigen muß, was man unter Demokratie und demotratisch verstehen will. Wie weitverbreitet allerdings in sozialistischen Kreisen das Mißtrauen gegen alles ist, was den heutigen staatlichen Berhaltnissen fritisch gegenübersteht und auf bessen Aberwindung finnt, geht aus einem Artikel hervor, den Nationalrat Ernst Nobs in der Januarnummer der "Roten Revue" in der Absicht veröffentlicht hatte, "zu untersuchen, und zu zeigen, auf welche Art antidemofratische Kräfte, antidemofratische Gesinnungen und antidemofratische Bostulate in den letten Jahren sich in unserer schweizerischen Politik bemerkbar ge= macht hatten". Nobs kam dabei zu der Feststellung, "daß gerade auch in der Schweiz die Distuffion über die "Krife der Demokratie", die "Krife des Parlamentarismus", die Rritif am Parteiwejen als jolchem, die Befrittelung der Bolksrechte und ihrer Anwendbarkeit, die Berhöhnung der Berhältnismahl und ihrer Ergebnisse einen Umfang angenommen hat, wie seit Jahrzehnten nicht mehr". Diesem Tatbestand gegenüber will nun die Sozialdemofratie gerade die Demokratie verteidigen und sich zu ihrem eigentlichen Bortampfer aufwerfen: "Die politischen Gegner der schweizerischen Sozialdemofratie haben sich in den letten Jahren einen Sport daraus gemacht, die Sozial= demokratie als einen Feind der politischen Demokratie zu versehmen und ihr zu unterschieben, sie erstrebe die Gewaltherrschaft ihrer Partei... Unsere Sozials bemokratie rangiert nicht unter den Feinden der Demokratie, denn das wäre ihr eigener Untergang. Sie ist sich vielmehr dessen bewußt, daß ihr die große weltgeschichtliche Aufgabe obliegt, den Gedanken der demokratischen Gleichberechtigung und Solidarität, wie er durch das sozialistische Gesellschaftsideal repräsen= tiert wird, erst zu verwirklichen."

Aus Sorge für die Demofratie hatte, ungefähr gleichzeitig wie das "Bolksrecht", auch die St. Galler "Bolfsstimme" und einige andere sozialistische Blätter unfern Gedankengang abgelehnt, wenn auch in verbindlicherer Form: "Das fehr ernste Problem des modernen Parlamentarismus" werde zwar "seit geraumer Beit von allen auch nur halbswegs fritisch veranlagten Beobachtern überlegt"; und an unserer Aritit sei "ohne Zweifel vieles richtig, und auch der alte Gedanke, das Parlament zu einer berufsständischen Bertretung umzugestalten", habe "sicher etwas Bestechendes". Nur — so fährt das Blatt fort — "wäre innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Gefahr groß, daß wir auf diesem Wege nur zur offenen Diktatur einer praktisch unverantwortlichen Regierung kämen und das Parlament die gleiche beschämende Rolle zu spielen hätte, die es heufe in Italien spielt. Der gegenwärtige Zustand ist ja zwar tatjächlich auch eine Diktatur, aber jie wahrt doch noch die demokratischen Formen und gibt uns dadurch mancherlei Kontroll- und Einflußmöglichkeiten an die Hand. So unbefriedigend aber diese ganze Lage auch ist, so ist sie doch nur eine Übergangserscheinung. Auch die Krise des Parlamentarismus wird erst überwunden werden, wenn die bürgerliche Demofratie, zu der die liberale Boltsvertretung gehört, der jozialistischen Demofratie Plat macht. Dann erft wird das Wefen des Barlaments von Grund auf umgestaltet werden fonnen und nicht mehr auf dem individuellen Bahlrecht atomisierter "Staatsbürger" aufgebaut sein, sondern Ausdruck bes organisierten und doch reich gegliederten Arbeitslebens einer nicht mehr in herrschende und unterworsene Klassen zerrissenen freien Bolksgemeinschaft werden".

Hernstes Problem" darstelle, das der ernsthaftesten Überlegung bedürfe. Aber — und das ist noch immer der für den theoretischen Gedankengang der Sozials demokratie kennzeichnende Zug — an eine Umgestaltung "des Wesens des Parlaments von Grund auf" könne erst gedacht werden, wenn "die bürgerliche Demokratie der sozialistischen Demokratie Platz gemacht" habe, oder mit andern Worten, wenn die bestehende Wirtschafts und Gesellschaftsordnung mit ihrer Diktatur und Klassenherrschaft überwunden und an ihre Stelle die freie Volks

gemeinschaft getreten sei. Zuerst die Berwirklichung des "sozia= listischen Gesellschaftsideals", dann die Anpassung der Berfassung märe die Gefahr groß, daß sie zu einer Diktatur unverant- wortlicher Gewalten führen würde. Darum müsse die Sozialdemokratie, um von der Demokratie eine derartige Gefahr sern zu halten, jeden Bersuch einer Ande-rung der liberalen Bersassundlagen ablehnen. Wie aber denkt man sich auf sozialistischer Seite die "Berwirklichung" des ersehnten Jealzustandes, wie will man die "Übergangserscheinung" der Gegenwart in den Zustand der "demoskratischen Gleichberechtigung und Solidarität, wie er durch das sozialistische Gessellschaftsideal repräsentiert wird", hinübersühren, ohne sich dabei der Verfassung und entsprechender Umgestaltungen derselben zu bedienen? Hier liegt nicht nur die für die Sozialdemokratie selbst, sondern für die staatspolitische Entwicklung

ber gesamten europäischen Staatenwelt entscheibenbe Frage.

Hinsichtlich des Begriffs der Demokratie im Sinne des zu cr= strebenden Ideals dürfte eine Einigung mit der Sozialdemokratie nicht allzu schwer fallen. Man vermißt auf sozialdemokratischer Seite an der liberalen Demofratie das Positive. Sie habe mancherlei Rechte geschaffen, die dem Ginzelnen das und jenes gestatten oder ihm Schut vor diesem und jenem ge= währen. Aber damit, daß jemand das und jenes tun durfe, fei ihm noch nicht die Möglichkeit zu Leben und Dasein gegeben. In diese Kritik an der liberalen Demokratie kann man vorbehaltlos einstimmen. Die vorliberale, altschweizerische Demofratie war da in mancher Hinsicht durchaus "sozialer" als die liberale, bie ihre Sauptaufgabe in der Beseitigung von Bindungen fah und den Einzelnen bem rudfichtslosesten Rampf ums Dasein auslieferte. Bas seither an Sozial= gesettgebung und sozialen Berten getan worden ift, fann nie auch nur annähernd die Folgen einer im Wesen unzulänglichen Ordnung wieder gutmachen. Auch dem zweiten Hauptpunkt der sozialdemokratischen Kritik am liberalen Staat kann man sich ohne Widerspruch anschließen: wirkliche Demokratie bedeutet nicht Freis heit und Gleichheit des aus dem Zusammenhang der Bolksgemeinschaft herausgerissenen Einzelwesens, des "atomisierten Staatsbürgers". Denn wenn solches das Ziel einer staatlichen Ordnung sei, dann komme es zu jener Herrschaft der Einen (der 51 % Mehrheit) über die Andern (der 49 % Minderheit), wie wir sie im heutigen liberalen Staat vor uns haben. Im liberalen Staat herrsche eine Klasse oder eine Gruppe von Klassen über andere Klassen. Die liberale Demokratie sei eine ausgesprochene Rlassenherrschaft. Wer wollte die Richtigkeit dieser Feststellung bestreiten? Der liberale Staat hat sich überraschend leicht in ben Dienft bestimmter Standesintereffen einspannen laffen. Die bemokratische Gegenbewegung der 60er und 70er Jahre brachte zwar namhafte Sicherungen bagegen. Aber auch hier war es mit dem Regativen, den "Scherungen" allein, wie sie die Bolksrechte des Bolksbegehrens und des Bolksentscheides darftellen, nicht getan. Beil keine positive Gewalt ihre Sache verfocht und gestaltete, mußten die unter der liberalen Ordnung mehr und mehr in Benachteiligung geratenben andern Stände zur Selbsthilfe greifen. Es fam zur Bildung jener Parteien, die heute im liberalen Staat um Macht und Ginflug ringen, von benen sich aber feine für diesen Staat voll verantwortlich fühlt, fo dag wir einen von den Parteien und ihren Standes- und Rlaffenintereffen beherrschten, aber feinen auf die Bolfsgemeinschaft und bas Besamtintereffe gerichteten Staat mehr haben.

Im Ziel fühlen wir uns also mit der Sozialdemokratie einig. Die heutigen Berhältnisse, wie sie sich unter der Herrschaft des Liberalismus herausgebildet haben, sind durch und durch undemokratisch. Die Selbstsucht des Einzelnen und der Klassen verhindert jedes wirkliche Gemeinschaftsleben. Die Macht, die der Besit materieller Mittel oder die Zahl der Parteiangehörigen verleiht, wird ständig zur Ausnühung und Bergewaltigung anderer mißbraucht. Wie kommen wir aber aus diesem Zustand heraus? Die Sozialdemokratie betrachtet diesen heutigen Zustand als eine "Abergangserscheinung", die von selbst verschwindet, wenn die soziale Demokratie an Stelle der liberalen getreten sei. "Wenn"! Wann wird dieses "wenn" aber einmal eingetreten und wie wird es vorher

zugegangen sein? Darauf hat die Geschichte des letten Jahrzehntes eigentlich bereits die Antwort gegeben. Die joziale Demokratie ist nirgends an die Stelle der liberalen getreten, auch dort nicht, wo die Sozialdemokratie zeitweilig im Bollbesit der staatlichen Macht war; mit Ausnahme Rußlands, wo aber der neue Zustand keine soziale Demokratie, sondern eine Diktatur ist, die keiner sozialdemokratischen Partei heute mehr als nachahmenswertes Beispiel erscheint. Man führt auf sozialdemokratischer Seite diesen Tatbestand darauf zurück, daß sich gegenwärtig in den meisten Staaten die Alassen darauf zurück, daß sich gegenwärtig in den meisten Staaten der Alassen Klassen den Staat allein beherrschen könne. Damit erklärt man aber mehr eine Folge als eine Ursache. Warum halten sich die Klassenkreit man aber mehr eine Folge als eine Ursache. Warum halten sich die Klassenkräfte heute das Gleichgewicht, nachdem es doch einmal den Anschein hatte, als ob es einer einzelnen Klasse gelinge, die große Volksmehrheit um sich zu scharen, ähnlich wie das einstmals der liberalen Beswegung gelang, und die heutige politische Ordnung auf einen Schlag durch eine den Verhältnissen angepaßtere zu ersehen?

Wenn breite Bolfstreise im liberalen Staat die positive gestaltende, den Bemeinschaftswillen verforpernde Rraft vermissen, wenn gange Stande und Rlaffen sich unter seiner Ordnung durch andere Rlaffen ausgenutt, ja vergewaltigt fühlen und entsprechend einer neuen Ordnung zugeneigt sind, so stellen sie sich unter dieser neuen Ordnung doch nicht einen Zustand vor, bei dem bloß die "herrschende Klasse" gewechselt hat, und sie und andere Teile des Bolkes genau wie bisher der freien Selbstbestimmung und entscheidenden Teilnahme an der staatlichen Willensbildung entbehren. Das ist aber nun gerade der Gedanken= gang der Sozialdemofratie, die liberale Demofratie mit ihrem zur Bergewaltigung ber Minderheiten wie gemachten Mehrheitssinstem zu benüten, um gewaltsam burch eine "Borherrschaft des Proletariats" das sozialistische Gesellschaftsideal, die klassenlose Gesellschaft herzustellen. Nachdem so die - nichtproletarischen -Rlaffen zum Berichwinden gebracht worden waren, hielte man dann die Boraussetzung für ein wirkliches Gemeinschaftsleben, deffen wir heute jo fehr entbehren, gegeben. In diesem neuen Besellschaftszustand gabe es dann feine Berrichaft ber einen über die andern mehr; es mare ber Buftand freier Selbstbestimmung Aller, ein Zustand "demokratischer Gerechtigkeit und Solidarität". In diesem Endziel mögen gewiß Biele mit der Sozialdemokratie übereinstimmen. Aber ebenso Biele sehen, wie entgegengesett diesem Ziel der Beg ift, den bie Sozialdemofratie dazu hin beschreiten will. Ginen positiven, bem Gemeinschaftswillen Nachahmung schaffenden und nicht bloß den Einzelnen von Binbungen befreienden Staat erfehnt man und muß doch erkennen, wie die Sozialbemofratie fich zum Borfampfer biefes nur noch der Selbstfucht der Ginzelnen und ber Rlaffen bienenden und zu ichöpferischer, zielsetender und richtunggebender Tätigkeit unfähigen liberalen Staates aufwirft. Dem Bergewaltigtwerben burch Tätigkeit unfähigen liberalen Staates auswirft. Dem Vergewaltigtwerden durch Andere oder der Vergewaltigung Anderer im Parteienstaat will man entsliehen und hört die Sozialdemokratie die Notwendigkeit der Vorherrschaft des Prolestariats zur Vergewaltigung der nichtproletarischen Klassen verkünden. Die heutige Ordnung der Dinge soll abgeschafft werden, weil sie undemokratisch, eine Ordnung der Gewalt, eine Diktatur ist, und man will die Abschaffung durch Gewalt, Diktatur, Nichtdemokratie bewerkstelligen. In diesem tiefinnersten Widerspruch der sozialistischen der sozialistischen Bewegung der Erreichung des Zieles anwenden will, liegt der Grund dafür, daß heute ein "Gleichgewicht der Klassenkräfte" besteht und der sozialistischen Bewegung der Erfolg versagt blieb, den einstmals die liberale Beswegung davontrug, als sie der staatlichen Entwicklung für ein Jahrhundert wegung bavontrug, als sie der staatlichen Entwicklung für ein Jahrhundert Richtung und Weg wies.

Ideale sind immer nur Richtpunkte. So wichtig es ist, solche gewiesen zu erhalten, ausschlaggebend ist, ob man Wege findet, die darauf hinführen. Im Auffinden solcher Wege besteht Staatsführung und Staatskunst. Die Sozials demokratie definiert als Ziel der sozialen Demokratie die Wahrung des Allsgemeininteresses. Wem kann nun diese Wahrung übertragen werden, nachdem der liberale Staat, weil er einzig von den Interessen der Einzelnen und der Klassen beherrscht wird, dazu nicht mehr fähig ist? Soll man mit der Wieders

herstellung einer Mehrheitspartei aus den burgerlichen Ständen rechnen, ober mit der Heranbildung der Sozialbemokratie zur absoluten Mehrheitspartei? So ober so murde sich, bei Beibehaltung der heutigen Berfassungsgrundlagen, aus der Abertragung der "Wahrung des Allgemeininteresses" an diese oder jene Mehrheitspartei nur wieder eine Klassenherrschaft ergeben, wie wir sie bereits haben. Nachdem die Auffpaltung des Boltsforpers in Stände und Rlaffen einmal Tatsache ist, kann das Mehrheitsprinzip nicht mehr zur unmittelbaren Überwindung dieses Zustandes benutt werden. Und doch muß jemand die Fühstung innehaben, muß jemand die Kichtung weisen, den Ton angeben in einem Staat. Ein steuerloser Staat fährt dem Abgrund zu. Man mag in einzelnen sozialdemokratischen Kreisen eine solche Entwicklung nicht ungern sehen. Je mehr der bestehende Staat unfähig zur Erfüllung seiner Ausgabe wird, für desto besser hält man die Aussichten für eine baldige "Borherrschaft des Proletariates". Aber doch nur vielleicht. Denn gleichzeitig steigen damit auch die Aussichten für die Abernahme der Staatsgewalt burch die Gegenkräfte, burch die faschiftische Diktatur. Auch der Faschismus will der Selbstsucht der Einzelnen und der Rlaffen, wie fie fich im liberalen Staat ungehemmt austoben fann, einen Damm setzen durch eine politische Ordnung, in der einzig das Allgemeininteresse und ber Wille der Gemeinschaft ausschlaggebend sein sollen. Wir verwerfen nicht bas Biel, nur ben Weg bes Saschismus, weil diefer, wie jede Diftatur, aus bem revolutionären Notrecht ein Dauerrecht macht, und weil er die neuen Inhaber ber Staatsgewalt, die neuen "Wahrer des Allgemeininteresses" zwingt, jedes politische Kräftespiel, jedes Spiel von Gewalt und Gegengewalt, bas das eigentliche Besen der Demokratie ausmacht und ohne das keine staatliche Führung lebendig und volksvermachsen bleibt, zu unterdrücken. Bas aber die Unzulänglichkeit der Diftatur von rechts ausmacht, macht auch die Unzulänglichkeit der= jenigen von links aus. Nur ist diese wahrscheinlich — man denke an das sowjet= ruffische Beispiel - noch viel größer. Gine Sozialdemokratie, die den Zerfall bes liberalen Staates fordert und begrußt, ohne auf eine politische Ordnung hinzuzielen, die diesen wirklich zu ersetzen vermag, macht sich mitverantwortlich an der dann einmal unvermeidlichen Diftatur von links ober rechts. Bleiches gilt, wenn fie fich aus parteitattischem Bedürfnis für die Erhaltung ber untauglich gewordenen Formen bes liberalen Staates einsett. Denn die Lähmung und Steuerlosigkeit bes politischen Lebens wird bann eines Tages einen Grab erreichen, der jede Anderung, und fei es auch durch eine Diktatur, als Erlösung erscheinen läßt.

Zerbreche man sich also weniger ben Kopf über bas Endziel — darüber besteht ja lettendlich überall Einigkeit — als darüber, daß der Weg, den man gehen will, auch wirklich dazu hinführt. Ideale lassen sich sowieso nie voll in die Wirklichkeit umseten. Richten wir unser Augenmerk also darauf, dem Joeal jederzeit, und nicht erst in einer erträumten Zukunst nahe zu sein. Benn wir den heutigen Zustand als einen solchen der Bergewaltigung der politischen Minderheiten durch die politische Mehrheit oder der Lähmung und Erstarrung der staatlichen Tätigkeit empfinden, dann ersehen wir ihn nicht durch eine neue Bergewaltigung und Lahmlegung des politischen Krästespiels, sondern im Gegeneteil, schaffen wir diesem Krästespiel, das in der heutigen politischen Ordnung lahmgelegt ist, freien Raum, damit schaffen wir gleichzeitig den als Bergewaltigung empsundenen Zustand aus der Welt. Lassen wir nicht unmittelbar die zahlenmäßige Mehrheit über die Minderheit, eine Klasse über die andere, herrschen. Nur in einer Hinsicht soll die Zahlenmehrheit noch entscheinen bei der Ann ah me e in er neuen politischen Ordnung? Ja, wenn esseschligung. Bedeutet eine von einer Mehrheit gegen eine Minderheit angenommene Berfassung aber nicht wiederum eine Bergewaltigung? Ja, wenn essich bei der neuen Berfassung bloß um ein Bertzeug handelt, mittels dessen die des in Italien und Sowjetrußland der Fall ist. Eine wirkliche Berfassung legt aber nicht fest, wer endgültig im Staate den Ton angibt. Sie hält der Führerschaft den Plas offen. Und wer davon Besit ergreift, darüber soll das freie Spiel der Kräste entscheiden. Ihr was aber etwas anderes, als was die

liberale Demokratie auch bietet? Ja bot unter anderen Boraussetzungen als den heutigen. Bei den Verhältnissen, wie sie heute sind, enthalten die Verfassungssgrundlagen des liberalen Staates diese Gewähr nicht mehr.

Ihre Blütezeit haben der Liberalismus und seine Haupteinrichtung, der Parlamentarismus, merkwürdigerweise erlebt, als sie noch nicht im Bollbesitz der Macht, sondern noch in oppositioneller Stellung gegen eine ihnen übergeordnete Macht waren. Als Gegengewalt hat sich das liberale Parlament viel mehr bewährt, wie als gestaltende und richtunggebende oberste Staatsgewalt. Denn als willensbildendes Organ ift das Parlament jowohl feines Umfanges und seiner Zusammensetzung, wie seiner Arbeitsweise wegen ganzlich uns geeignet. Entscheidender Wille bildet sich nicht in Aussprache und Verhandlung, jondern nachher, auf Grund derselben. Nach der liberalen Borftellung ichidt bas "Bolf" feine Bertreter in ein Parlament, damit fie bort feinen Billen befunden. Das ift icon und recht, wenn jemand ba ift, der dieje Befundungen anhört und daraus die entsprechenden Schlüsse zieht. Der liberale Staat kennt aber feinen solchen "Jemand", benn nach seiner Berfassung ift die Regierung nicht dieser "Jemand", sondern lediglich das "vollziehende" Organ für die Willensbefundungen der Bolksvertreter. Bon diesem Grundmangel rührt es her, wenn die liberale Staatsführung immer des Beitblicks entbehrt hat und nie fähig war, nach einem vorausschauenden Pros gramm zu handeln. Ihre Tätigkeit war auf das Heute und die jett lebenden Menschen, nicht aber auf die Zukunft und die kommenden Geschlechter Seitbem gar die Grundvoraussetzung der liberalen Ordnung, bas Borhandensein einer gleichartigen Masse politischer Staatsburger bahingefallen sorgandensein einer gietchartigen Masse politischer Staatsburger bahingesalten ist, ist die Unfähigkeit des politischen Parlaments zur entscheidenden Willens-bildung und seine Berantwortungslosigkeit eine vollskändige geworden. Wenn ihm nicht in der Regierung, im Widerspruch zur Versassung, eine übergeordnete Gewalt entstanden wäre, würde der liberale Staat längst an seiner eigenen Richtungslosigkeit und Unsähigkeit zu Grunde gegangen sein. Es steht aber auch so noch schlimm genug. Die Unklarheit des Verhältnisses zwischen Re-gierung und Parlament, das in Wirklichkeit ein ganz anderes ist als die Versassung es vorsieht, und ihre weber aufeinander abgestimmte, noch der heute von ihnen gespielten Rolle entsprechende Organisation, lassen kein Gegenspiel zwischen beiden aufkommen. Da jegliche Spannung zwischen den beiden ent= scheibenden Gewalten eingeschlafen ist, fehlt eben die Boraussetung für jenes Spiel der politischen Kräfte, das den Plat für die Führung im Staate ständig offen halt, und ohne das eine Demofratie feine Demofratie mehr ift, mogen ihre Formen noch jo bemofratischen Anstrich haben. Selbst eine Monarchie tann demokratisch sein, wenn ihre Ordnung beweglich genug ist, um bei Borhandensein einer unbedeutenden Berricherperfonlichkeit die faktische Willens= bildung und Staatsleitung fähigen Gegenkräften zu überlassen. Eine Demofratie, in der das Spiel der politischen Rrafte erlahmt, ift es nicht mehr.

Die Sozialdemofratie ist sich längst darüber flar, daß die Gewaltenteilung des liberalen Staates feine Gewähr für eine bemofratische Ordnung bietet. Die Bliederung der entscheidenden Staatsgewalt in eine gesetzgebende und eine vollziehende Behörde entspringt zur Hauptsache ja auch lediglich einem Mißtrauen. Man wollte eine ichwache, von der Boltsvertretung abhängige Regierung, weil in der Regierung (im Kleinen Rate) früher die bevorrechteten Klassen allein Sitz und Entscheidung gehabt hatten. Gerade in der — volksgewählten — Regierung mußte dann aber zur Zeit der demokratischen Bewegung das "Bolk" Schutz suchen vor dem zum Klassenwerkzeug gewordenen Parlament. Bom gleichen Mißtrauen beseelt zeigt sich heute auch wieder die Sozialdemokratie, die, darin noch gänzlich in liberalen Borstellungen besangen — in Deutschland sind ja beispielsweise Sozialismus und Liberalismus Seite an Seite die treusten Vorkämpfer des Parlamentarismus — im liberalen Parlament nach wie vor das Zentralorgan des Staates erblickt und ängstlich jeden Einbruch in bessen Machtbereich ablehnt. Bas nütt aber ber Sozialdemokratie ihre Macht= stellung im liberalen Parlament, wenn beffen Unfehen und Ginfluß auf bie staatlichen Entscheidungen mehr und mehr auf ein Nichts zusammenschrumpft?

Das entschende Organ im Staat ist heute die Regiestung. Ihre Bestellung und Organisation hat so zu ersolgen, daß sie nicht nur dem Staate wieder eine wirkliche, zielsetzende und richtunggebende (und nicht bloß verwaltende) Spitze zu sein vermag, sondern daß sie zugleich auch die wahrhafte Verkörperung des Allgemeininteresses gegenüber allen Einzels und Klasseninteressen darstellt und entsprechend allen Minderheiten Schutz bietet vor der Vergewaltigung und Ausnützung durch eine Mehrheit einer Klasse oder einer Gruppe von Klassen. Die Entwicklung verläuft ja seit langem in dieser Richtung einer Verselbständigung der sog. Vollzugsgewalt gegenüber den Parteien und Klassen. Man gebe dieser Tendenz versassungsmäßigen Ausdruck, dann fallen die Gesahren, die die Sozialdemokratie dahinter für die Demokratie wittert, von selbst weg. Denn wer diese Kegierung bilde, bezw. stelle, darüber entscheidet ausschließlich das freie Spiel der politischen Kräfte, es handelt sich

dabei also um alles eher als um eine "unverantwortliche Gewalt".

Aber auch der anderen Haupttendenz der staatspolitischen Entwicklung der letten Jahrzehnte, die in der Einsührung der Berhältniswahl bereits ihren versfassungsmäßigen Niederschlag gesunden hat, gebe man seste Form: dem Besdürfnis der Stände und Klassen, sich als solche Einsluß auf die staatliche Willensbildung, bezw. die Gesetzgebung zu sichern. Der Weg, den die sozialistische Lehre vorschlägt, alle übrigen Stände und Klassen gewaltsam auf die Lebenssund Interessenlage eines einzelnen Standes zurückzusühren und so eine "gleiche Interesseiter" Aller am Ganzen zu schassen, ist nicht gangbar. Der Bauer ist nun einmal kein Fabrikarbeiter und der Ingenieur kein Kohlenschausser. Dazukommen in unserm Land die konsessionellen und sprachlichskulturellen Gliederungen des Bolkskörpers. Aus all dem sormt man nie eine einzige "Klasse". Der einzige Weg, diese Gegensätlichkeiten und Andersartungen zu überbrücken, ist, sie aus verfassungsmäßig gesicherter Grundlage — in einem Stände parlamen tallsen. Das bindet und knüpst sie sesten abs Allgemeininteresse, an den Staat, als ihre Unterdrückung oder der Bersuch zu ihrer gewaltsamen Beseitigung, der doch nie gelingt. Eine von diesen Klassen und Gruppierungen weitgehend unsabhängige Regierung hat dasür zu sorgen, daß aus den Willensäußerungen der Bielen eine einheitliche staatliche Handlung wird.

Damit ist zugegebenermaßen eine andere Frage, die einen Hauptinhalt des Sozialismus ausmacht, noch nicht gelöst: die Einigung zur geisstigen Gen Gemeinschaft, noch nicht gelöst: die Einigung zur geisstigen Gen Gemeinschedingungen unterstellen — was an sich schon ein Ding der Unmöglichkeit ist —, besteht unter ihnen noch keine geistige Einheit. Schicksals und Zielsgemeinschaft schafft Geistesgemeinschaft. Die Gemeinsamkeit des Schicksals macht aber nicht Half bei der Höhe des Einkommens. Droht einem Bolk Einengung seines Lebensraumes oder Untergang, dann trifft das Arm und Reich, Hoch und Niedrig. Geht gar ein ganzer Erdteil der Berstlavung und Ausbeutung durch andere Erdvölker entgegen, so stehen alle seine Staaten und Bölker vor dem gleichen Schicksal. Und schließlich sind alle vor die gleichen unerforschlichen Dinge von Leben und Tod gestellt und in dieser letzten Schicksalzemeinschaft mitseinander verdunden. In diesen Tiesen nur, und nicht auf der Ebene von Lohnsfragen, vollzieht sich einmal, von Stufe zu Stufe, das geistige Zusammenswachsen der atomisierten Einzelwesen, der einander in Haß gegenüberstehenden Bolksklassen und ber zersplitterten europäischen Bölkerschaften. Aber wir können diesen Zustand nicht herbeibesehlen. Bas wir können ist nur, an unserer Stelle eine politische Ordnung schaffen, in der Gemeinschaftswille und Gemeinschaftsgeist so lebendig sind, daß aus ihr vielleicht einmal der zündende Funke zum großen Einswerden entspringt.

Marau, den 1. August 1929.

### Tessinandersehungen.

Francesco Chiesa und Ständerat Brenno Bertoni haben sich jüngst in einer Artikelreihe über diejenige Frage ausgesprochen, die augenblicklich das geistige und politische Bild des Tessins so stark bestimmt: über die Frage des Berhältnisses des Tessiners zu Jtalien. Da die Kenntnis der Meinungen der Tessiner u. a. zu einem richtigen Urteil über die dortige Lage von Nöten ist, geben wir im folgenden den Artikel Chiesas aus der "Gazetta Ticinese" vom 1. Juli und die Antwort Bertonis darauf im "Dovere" vom 3. Juli in den Hauptteilen in deutscher Übersetung wieder. Die Schriftleitung.

#### Die andere "Teffiner Frage".

"Bas für eine Frage? Alle wissen es. Man braucht nur auf diese bestauerlichen Zwischenfälle der letten Wochen zurückzukommen, die, wenn sie auch Unruhe und Schaden stifteten, doch auch wieder die wohltuende Wirkung hatten, auf die Gefahr hinzuweisen, auf die man lossteuerte. Es ist offensichtlich, daß sich im Lande eine bemerkenswerte Gegenbewegung gegen die, sagen wir, Dreistigsteit derzenigen abgezeichnet hat, die aus dem Kanton Tessin eine Art Vorplatz für ihren Kampf gegen die in Italien herrschende Regierungsform machen und die öffentliche Meinung des Tessins zu abgeschmackten Kundgebungen hinreißen möchten."

Chiefa nimmt dann Bezug auf einen fürzlich im "Journal de Genebe" er=

schienenen Artikel und fährt fort:

"Man hat viel gesprochen und spricht noch viel von unserer Italianität; es ist auch etwas geschehen und es wird noch mehr geschehen, weil jeden Tag die überzeugung an Ausdehnung gewinnt, daß unsere Sprache und unsere Kultur wirksam verteidigt werden müssen gegenüber den Gesahren, in denen wir uns, nicht durch das übelwollen von irgend jemandem, sondern durch unglückliche Umstände besinden. Immerhin begehen viele Tessiner den Fehler, zu glauben, daß die Frage innerhalb der Grenzen bewältigt werden könne, die die geographischen Karten unserm kleinen Gebiet vorzeichnen. Die derart beschränkte Frage verliert was ihr höheren Adel verleihen könnte, und was noch schlimmer ist, sie wird unlösdar. Unlösdar wie die Frage der öffentlichen Wasserversorgung im Bezirk Bellinzona, wenn Bellinzona dabei von den nicht bellenzischen Tälern, aus denen es sein Wasser erhält, und der Ebene von Locarno, nach der es sein Wasser abgier abgibt, absehen wollte.

Die Wahrheit ist, daß wir, indem wir der schweizerischen Eidgenossenschaft angehören, in ihr auf würdige und nütliche Art unsere angestammte Kultur vertreten sollen; daß aber diese Kultur sich nicht lebendig und wirksam erhalten kann, ohne ständig aus ihren Quellen zu schöpfen. Der Kanton Tessin ist ein kleines Gebiet ohne große Mittelpunkte, ohne starke Kulturüberlieferungen, beswohnt von einer aufgeweckten und lebhaften Bevölkerung, die aber dazu neigt, ihre besten Leistungen eher außerhalb als innerhalb des Landes zu vollbringen. Eine Bevölkerung, deren Art mit gewissen Pflanzen, wie etwa unsern Kastanien vergleichbar ist, die weiter wachsen und Früchte tragen, wenn sie aus dem Wald, in dem sie keimten, anders wohin verpflanzt worden sind. Underseits lockt unsere Erde, die in edelster lombardischer Schönheit straht, Besucher aller Art, hält viele von ihnen sest und wird längs ihrer Hauptstraßen und an ihren

anmutigften Stellen eine einzige große Berberge.

Wenn die Sachen so stehen, und unser Vorsatz, ein italienisches Bolf zu bleiben, ernsthaft gemeint ist, wie ich ihn meine, wer wird dann glauben, daß in uns, allein in uns sich so viel sinde, um unsere Sprache und unsere Kultur lebendig und unverändert zu erhalten und zu verhindern, daß inmitten so vieler Schwierigkeiten unser Eigenwesen nicht entartet? Ein solches Wunder wäre nicht einmal bei zehnmal größeren und stärkeren Völkern, als wir eins sind, möglich. Die deutsche Schweiz, die so eisersüchtig auf ihr geistiges Erbe und ihre politische Überlieferung ist, übernimmt ständig Anregungen und Formen aus Deutschland. Die romanische Schweiz, durch ihre Religion und Geschichte

von Frankreich stark verschieden, entzündet sich an dem Licht, das ihr von Baris fommt. Wir fonnen unfer eigenes Leben nur leben, wenn wir Floreng, ber Mutter unserer Sprache, und Rom, ber Mutter unserer Rultur, und Italien

Niemand, der guten Glaubens ift, wird den Sinn meiner Worte mißbeuten. Ich spreche von jener Ergebenheit, die das "Journal de Geneve" meinte, als es bem Ranton Teffin die besondere schweizerische Aufgabe zuwies, "in völliger Unabhängigkeit das Bindeglied" zwischen Italien und der Schweiz zu sein. Ich spreche von diesem Zutrauen und dieser Zuneigung, ohne die das Tun desjenigen unverständlich wäre, der sich der Quelle nähert, um den Durst

zu stillen, oder dem Feuer, um sich baran zu wärmen.

Alles das ist mehr oder weniger ausführlich schon öfters gejagt worden; eine sehr bedauerliche Sache, die ich gerne verschweigen möchte, wenn die Wahrheit nicht vorginge, ist aber die: ein erheblicher Teil des Tessiner Volkes liebt Italien nur mäßig. Diejenigen Tessiner sind nicht zahlreich, die sich an Italien gebunden fühlen durch die Bande natürlicher Zuneigung, die unsere Miteidgenossen an Frankreich oder Deutschland binden. Diese Miteidgenossen haben sich gelegentlich in Gegensatzu Frankreich oder zu Deutschland befunden; aber es kommt nie vor, daß sich ihre Gegensätlichkeit auf so übelwollende und lärmende Art äußert wie es von Zeitungen und Rednern des Kantons Tessin

in Augenblicken des Gegensates zu Italien geschehen ist. Die Ursachen dieses unnnatürlichen und bedauerlichen Geisteszustandes sind mannigfaltig. Eine erschöpfende Untersuchung würde mehr Raum verlangen, als mir eingeräumt ist. Ich beschränke mich barauf, einen Grund anzuführen, ber, wie soll ich sagen, vor allem zeitlichen Charakter hat. Der Kanton Tessin konnte ziemlich viel früher ein freier und selbständiger Staat werden als Italien: daher die alte tessinische Gewohnheit, mit einem Blick des Mitleids, oder noch schlimmerem, nach Guden zu schauen, eine Gewohnheit, die in törichter Weise auch fortdauerte, als in der Lombardei nicht mehr Osterreich herrschte und in Neapel nicht der Bourbone, und als die neue Nation die auf die fürchterliche Anstrengung eines halben Jahrhunderts folgende Müdigkeit allmählich überwand. Ein anderer Grund: der Papft, der enterbte und gefangene Papft, und entsprechend die Abneigung gegen den Unterdrücker. Gin noch wichtigerer Grund: ber Beift bes Migtrauens, die geistige Enge, die burch Sahrzehnte und Sahrzehnte die bürgerliche Erziehung unseres Bolkes bestimmten: der tessinische Helvetismus, dargestellt und eingeprägt als eine notwendigerweise mit dem Gesicht gegen die Alpen gefehrte und mit dem Ruden oftentativ gegen den Monte Dlimpino gewendete Perfonlichkeit.

Ferner muß auch einigen Gründen Rechnung getragen werden, für die nicht die Teffiner verantwortlich find: gewisse unkluge Worte, die den Berdacht irredentistischer Absichten in einigen Rreisen des Rönigsreiches weden konnten; die schliechte, jest glücklicherweise abgelegte Gewohnheit des Italieners, über sein Land zu schimpfen, sobald er einen Schritt über die Grenze getan hat. Schließlich die Arbeitereinwanderung: diese armen Teufel mit ihren vier Soldi und der ihnen entgegengebrachten wohlwollenden Berachtung; eine Berachtung, die nicht geringer und wohlwollender wurde, als sie sich nicht mehr auf diese

nütlichen Leute selbst, sondern auf die Nation bezog, aus der sie stammten. Jett haben alle die Gründe zu bestehen aufgehört oder sind auf ein Mindestmaß zurudgegangen, aber bas Migverstehen und bas übelwollen bauert weiter. Bis zu einem gemiffen Buntt fann man bas versteben: die Wirkungen überdauern oft die Urfachen, wie die Wellen weiter auf und ab schlagen und brausen, auch wenn der Wind aufgehört hat. Aber es ist nicht mehr natürlich, wenn die Baffer weiter in Unruhe beharren, tropbem feit Stunden ober Tagen in der Luft Rube herricht.

Ruhige Luft? Stürmischer als je, behaupten manche. Aus Stalien weht

ber mörderischste Wind, ber uns' von dorther jemals gekommen ift. Jawohl: der Faschismus. Darüber muffen ein paar deutliche Worte ge-

sagt werden. Der Faschismus in Italien ist die Nation; außerhalb Italiens fann er Zustimmung oder Ablehnung finden und auf die verschiedenste Weise

beurteilt werden. Alle wissen, daß seine Grundgedanken und seine Methoden nicht den Grundsätzen und der Praxis unserer republikanisch-demokratischen Resgierungsform entsprechen. Aber auch ohne von einer blinden Leidenschaft erfüllt zu sein, muß man anerkennen, daß der Faschismus eine geschichtliche Erscheinung von größter Tragweite ist, von der Art, die nicht mit einem furzen Sat definiert oder mit einer Beschimpfung abgetan werden fann. Alle ernfthaften Beobachter stimmen auch überein, daß gewisse Bersuche des Faschismus der höchsten Achtung wert sind und für alle andern Staaten nützliche Anleitungen abgeben fonnen.

Bas im besonderen den Kanton Tessin anbetrifft, so ist sicher: erstens, daß die faschistischen Organisationen und die offiziellen Bertreter der faschistischen Regierung im Kanton niemals faschistische Propaganda gemacht und unsern Einsrichtungen, unsern Behörden und unserm kantonalen Leben immer die größte Uchtung erwiesen haben; zweitens, daß im Kanton unter Tessiner Bürgern keinerlei Bewegung im Sinne des Faschismus besteht.

Benn die Dinge so liegen, wer frägt sich nicht (und unsere Miteidgenossen sich mit tissem Erstausen zufragt) warmen der Tassin alle seine keinen

haben sich mit tiesem Erstaunen gefragt), warum der Tessin alle seine kriege= rischsten Kräfte und so viel kostbare Zeit, so viel Papier und so viel Atem auf= wendet, um über den Faschismus zu diskutieren, gegen den Faschismus zu

wettern, und zu schreien, daß ber Kanton Tessin nicht faschistisch sei.

Der Kommunismus, antwortet man, der Sozialismus, die Freimaurerei. But. Die Sozialisten haben sich in der Tat, unter geschickter Ausnutzung der Schwäche, ber Richtungelosigfeit und des gegenseitigen haffes unferer burgerlichen Parteien eine fehr große, in keinem Berhältnis zu ihrer Bahl stehenbe Möglichkeit geschaffen, die kantonale Politik zu beeinflussen. Diese Machtstellung nuten sie augenblicklich hauptsächlich dazu aus, um bis zum Abermaß Anti= faschismus zu treiben und zu versuchen, andere Gruppen von Burgern in ihre Leidenschaft mit hineinzuziehen. Wie man weiß, haben sie damit bemerkenswerte Erfolge. Und daraus ist dieser aufgeregte und gefährliche Zustand geworden, den viele, die den Kanton Tessin lieben, aufs tiefste bedauern.

Aber sie wären nicht dazu gelangt, wenn sie nicht im Ranton diese geistige Bereitschaft gefunden hätten, von der ich soeben sprach: jene mäßige Herzlichfeit, jenes Gefühl des Mißtrauens und feindseliger Rühle gegenüber allem, mas Italien betrifft, jene Schicht von Anti-Italianität, die (es brennt mich, es eingestehen zu muffen), wie ein Schlamm im Bergen vieler Teffiner liegt, als

überbleibsel von Frrtumern und übeln des vergangenen Zeitalters. Der tessinische Antisaschismus hat so viel Laub ansetzen können, weil er die Burgeln in jenen Schlamm gründete."

Francesco Chiefa.

#### Bu einem Artifel bon Francesco Chiefa.

"Unser großer Dichter scheint die Aufsorderung des Journalisten, aus seinem Schweigen herauszutreten, angenommen zu haben, und hat für die "Gazetta Ticinese" einen Artikel geschrieben, der dem großen Ansehen und der innigen Zuneigung, die unser Bolt ihm entgegenbringt, nichts hinzufügen wird. . .

Bir erwarteten bei den üblen Zuständen von heute, nachdem der Fall Rossi in vollständigstem Geheimnis geendigt hat, nach dem Fall Beretti, von dem es nur zu natürlich ist, daß jeder Eisenbahner von Bellinzona leidenschaftlich baran teilnimmt, nach den Ausfällen der sozialistischen und anarchistsichen Presse gegen die italienische und schweizerische Regierung, und nach den scharfen Auslassungen ber italienischen Zeitungen uns gegenüber, von Francesco Chiesa ein Wort, das seines Geistes und seiner sittlichen Sohe entsprechend ware. Er hat uns einen Abula-Artifel, ein Echo Emilio Colombis geliefert. Er hat sich nicht gescheut, zu behaupten, daß der teffinische Antifaschismus in der tiefen und unsympathischen Anti-Stalianität aller tessinischen Parteien wurzle. Und morgen wird sein Zeugnis den Weg durch die ganze italienische Bresse machen als Grund zu Mißtrauen gegen die Schweiz; er wird den Weg durch die schweizerische sozialistische Presse antreten als Grund zu Mißtrauen gegen Italien. Dieser befremblichen und unbegründeten Behauptung hat er die Aussage beigefügt, daß durch das Werk des Faschismus in Italien die Luft ruhig geworden sei, und das wird Ol sein auf das Feuer der Oritten Internationale.

Er konnte der Sache der Italianität des Tessins und im Tessin selbst keinen schlechteren Dienst erweisen. "Wir können unser eigenes Leben nur leben, wenn wir Florenz, der Mutter unjerer Sprache, und Rom, der Mutter unferer Rultur, und Italien ergeben sind. Niemand, der guten Glaubens ift, wird ben Sinn meiner Worte mißdeuten. Ich spreche von jener Ergebenheit, die das "Journal de Gendve" meinte, als es dem Kanton Tessin die besondere schweiszerische Aufgabe zuwies, in völliger Unabhängigkeit das Bindeglied zwischen Italien und der Schweiz zu sein." Ahnliche Worte habe ich aus dem Munde des Eisenbahnbeamten und Abgeordneten Zeli gehört, und nicht viel versschiedene aus demjenigen des Anarchisten Luigi Bertoni. Canevascini wird sicher Beifall spenden.

Aber wenn diese Ergebenheit Berfunder haben foll, dann wollen die Ergebenen, daß sie sauber seien. Nun tennen die Rollegen des eingesperrten Peretti aber in Bellinzona eine Werkstätte der Ergebenheit, der fie fich nicht anvertrauen, und sie werden sehr erstaunt sein, einen Mann wie Chiesa in ber Rolle eines Predigers zu sehen, der fie in den Schlamm der Unti-Stalianität

Rein, Dichter, nicht Italien oder die Italianität ist einer immer größeren Zahl von Tessinern unangenehm, sondern die Art, wie diese seit zwanzig Jahren gepredigt wird und die Art dieser Prediger. Wahr ist, daß wenn man weiter so vorgeht, die Anschuldigung der Anti-Stalianität, so falsch sie war, schließlich

begründet sein wird.

Die Tessiner Berächter Staliens! Seit wann benn? Lassen wir den schmerzvollen Kampf und die langen Leiden, die das Tessiner Bolt von 1821 bis 1859 für die Italianität gegenüber dem österreichischen Koloß auf sich genommen hat. Sprechen wir nur von den Schulen und überdenken wir die Zahl der Italiener, denen wir die Erziehung unserer Söhne anvertrauten, wir "Anti-Italiener". Sogar die Geschichtstexte unserer Ihmnasien wurden italienischen Dozenten, die Bürgerkunde italienischen Professoren anvertraut; italienische Lehrer wurden den Teffinern in der Normalschule auf den Hals gesett. Und Francesco Chiefa scheut sich nicht, in einem Artikel, der morgen in ganz Italien wiedergegeben und kommentiert werden wird, zu zeugen "von dem Geist des Mißtrauens, der geistigen Enge, die durch Jahrzehnte und Jahrzehnte die bürgerliche Erziehung unseres Bolkes bestimmten: der tessinische Helvetismus, dargestellt und einsgeprägt als eine notwendigerweise mit dem Gesicht gegen die Alpen gekehrte und mit bem Ruden oftentativ gegen den Monte Olimpino gewendete Berfonlichkeit".

Welche Jahrzehnte? Jene, in denen der öffentlichen Erziehung Filippo Giani oder Guscetti oder Bittorino Lombardi oder Martino Bedrazzini (der geistige Bater der Adula) oder Giorgio Casella vorstand? Oder jene, in denen Carlo Salvioni und Giacomo Bontempi einen so großen Anteil an der Leitung

der Schule hatten?

Francesco Chiefa deckt mit seinem geachteten Namen eine Politik, derzufolge, wenn es in Italien je bewegte Zeiten gab, heute "die Luft wieder ruhig geworden ist". Er bürgt dafür, daß die faschistischen Organisationen in der Schweiz niemals faschistische Werbetätigkeit im Kanton entfaltet haben. Wir erinnern, von anderem nicht zu reben, an das unverschämte Treiben der Squilla Italica gegen Frankreich, das im Tessin so große Sympathien genießt, und gegen die Demokratie als der Grundlage unserer Einrichtungen. Ich will ihn nicht an die zwanzigjährige Arbeit der Adula erinnern, die er nicht zu kennen scheint. Aber ich versichere ihn, daß, wenn er sich offen auf diese Seite schlägt, morgen die Zahl der Antisaschisten (für ihn Anti-Staliener) sich verdreifachen wird, bant feiner Tätigfeit.

Wenn in seinem Bewußtsein Stalianität und Faschismus bas gleiche bebeuten, so ist das seine Sache, aber er hat nicht das Recht, dem verärgerten Italien von heute zu bezeugen, daß die antifaschistischen Kundgebungen von Bellinzona, Genf oder Basel durch kalte Feindseligkeit gegen alles Italienische bedingt seien, weil bei Anwendung der einsachsten Sorgfalt der Untersuchung

er miffen mußte, daß das nicht mahr ift.

Er sollte wissen, daß in der Schweiz die sozialistische Partei sich zu einer Regierungspartei entwickelt hat, was ihren Bruch mit dem Kommunismus einsichließt, welcher Bruch auf der andern Seite aus taktischen Gründen eine antisaschistische Aktion verlangt. Er könnte wissen, daß in den antisaschistischen Kundgebungen von Zürich, Basel und andernorts die schlauen Führer leicht irgend einen tessinischen Gimpel überreden konnten, er müsse auf italienisch schreien. Das sind Gründe, die auch ein faschistischer Polizist verstehen könnte. Chiesa zieht vor, den Schlamm zu denunzieren, der im Herzensgrund vieler Tessiner liege und beweist damit einen größeren Mangel an kritischem Sinn, als man selbst einem Dichter verzeihen kann.

Es ist grenzenlos albern, zu glauben, daß die marktschreierischen Kundsgebungen dem italienischen Diktaturregiment schaden. Darüber sind alle einig. Jede Diktatur zieht Borteil aus seindlichen Kundgebungen, die im Ausland gegen ihre Nation stattsinden. Man sagt, daß Napoleon III. solche zu fabrizieren verstand. Es scheint, daß man in der Schweiz, auch unter den Sozialisten und Sozialistenstrunden, das einzusehen beginnt. Aber man stelle Herrn Chiesa auf die Seite derzenigen, die die teisinische Seele in Italien verleumden und des nunzieren und man wird die Wirkung bald sehen, wenn es überhaupt nicht schon

zu spät ift. Wieder eine Dante'sche Warnung.

Und noch eins. Er hat prächtige Worte über die Sektiererei geschrieben,

die Erbkrankheit der Italiener und daher auch der Tessiner.

Er hat die Jugend davon auszunehmen versucht. Gut. Aber er glaube nicht, die Tessiner von der Sektiererei auszunehmen, indem er jenes Gefühl, das er "den mit dem Gesicht gegen die Alpen gekehrten Helvetismus" nennt, ins Lächerliche zieht. Die Sektiererei war in der Geschichte immer die Kehrseite des Ansehens des Staates. Wenn er überzeugt ist, daß der Tessiner sich nach der andern Seite kehren soll, "aus jenem Vertrauen und jener Zuneigung, ohne die das Tun dessenigen unverständlich ist, der sich der Quelle nähert, um den Durst zu stillen, oder dem Feuer, um sich daran zu wärmen", dann wundere man sich nicht, wenn die Sektiererei überbordet und verzehnsacht neu aufflammt.

Wie kann er verlangen, daß die Tessiner von Italien das Wasser und das geistige Feuer sordern und doch gegenüber den italienischen politischen Beswegungen fremd und gleichgültig bleiben? Wie wird er verlangen können, daß diese von der italienischen Quelle gespiesenen Helvetier wider die politische Herrschaft sene Formen der Ergebenheit bekennen, die die Italiener Italiens durch Gewalt erleiden? Und wenn auß Italien Bertriebene zu uns kommen, wie das immer geschehen ist, und die die Tessiner mit brüderlichem Herzen aufgenommen haben, wie kann man verlangen, daß sie dieselben nicht aufnehmen, sondern wie tolle Hunde zurückweisen?

Nein, Dichter, jene Persönlichkeit mit der zwangsweise gegen die Alpen gekehrten Brust, der du den Hals drehen möchtest, um sie zwangsweise nach Italien bliden zu lassen, ist aus Pappendeckel. Der Tessiner ist lebendig und aufgeweckt. Er sieht sich um, und es ist diese Eigenschaft, die wir besser in

ihm entwickeln follten."

Dr. Br. Bertoni.

### Bur politischen Lage.

Frangofifche Bolitit in Schein und Birflichfeit. — Briands neues Europa.

Elfässische Zeitungen haben dieser Tage eines jener kleinen Geschichtchen berichtet, die die politische Lage wie ein Bliplicht aufzuhellen vermögen. Es wurde da erzählt, daß man im Elsaß die allergrößten Schwierigkeiten habe, sich die befanntesten und sicher politisch einwandfreien deutschen Beröffentlichungen zu beschaffen. Weder Gottsried Kellers noch Storms Werke, weder Brehms Tiersleben noch die Reklamebändchen dürsen ins Elsaß hinein, ohne der politischen Polizei vorgelegt zu werden. Da man wohl annehmen dars, daß diese Stelle ähnliche Ansichten und Kenntnisse von deutscher Literatur und Kunst hat wie der berühmte Polizeikommissär im Kolmarer Prozeß, der Albrecht Dürrer als in Berlin lebenden gefährlichen Zeitgenossen behandelte, so kann man sich vorsstellen, daß die Prüfung dieser staatsgefährlichen Schristen erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. So unterbinden die französischen Behörden kulturelle Besziehungen der harmlosesten Art im gleichen Augenblick, wo der verantwortliche Staatsmann Frankreichs bei jeder Gelegenheit von der deutschsfranzösischen Ansnäherung spricht.

Was sich hier an einem kleinen Einzelfalle zeigt, das zeigt sich auch in den großen Linien der europäischen und der Weltpolitik, die sehr zwiespältige Haltung des französischen Staates. Man muß es dahingestellt lassen, ob man darin nur das Spiegelbild des innerfranzösischen Meinungskampfes sehen will, jenes durch die Namen Briand und Poincaré verkörperten Meinungskampfes. Auf jeden Fall stehen die von Paris aus mit immer neuen, sogar überraschenden Wendungen verkündeten Gedanken der Völkerversöhnung und der europäischen Solidarität in schröfstem Widerspruch zu der Haltung Frankreichs in allen

Einzelfragen.

Da haben wir das Spiel in der Abrüstungsfrage, das nun seit Jahren andauert. Es läuft darauf hinaus, jede ernsthafte Abrüstung für Frankreich und die ganze Schar seiner Berbündeten zu vermeiden. Deshalb der geglückte Versuch, bei den Abrüstungsberatungen innerhalb des Völkerbundes wohl die industrielle Kraft eines Landes bei der Küstung in Anrechnung zu bringen, nicht aber einen so unmittelbaren Teil der Behrkraft, wie ihn die ausgebildeten Reserven darstellen. Es ist nichts anderes, als die offenkundigste Verhöhnung der Grundsäte der Abrüstung, die jedoch durchaus der heutigen militärischen Stellung Frankreichs und Deutschlands angepaßt ist und auf der ganzen Linie zu Gunsten Frankreichs lautet. In dasselbe Kapitel gehören jene Abmachungen mit der verflossenen englischen Regierung, die ebenfalls die militärische Kraft Frankreichs in allen wesentlichen Teilen sichern sollte. Daß diesmal das Vorsgehen nicht glückte, ändert an der Absieht nichts.

Dasselbe Bild haben wir in den internationalen Verhandlungen über den Minderheitenschutz. Es ist wohl heute Gemeingut der öffentlichen Meinung, daß nur ein wirksamer Minderheitenschutz die politische Luft Europas entgiften kann. Alle diese Bestrebungen aber werden von Frankreich völlig nutzlos gemacht. Die Ursache dafür ist klar; der Minderheitenschutz arbeitet gegenwärtig ausgesprochen gegen den heutigen Kurs in den verschiedenen Basallenstaaten Frankreichs von Polen bis nach Südssawien hinunter. Deshalb nimmt es auch der große Europäer Briand, der gerade jetzt so sehr als Idealist geseiert wird, ohne weiteres auf sich, in den Bölkerbundsverhandlungen die Bestrebungen für einen vernünstigen Minderheitenschutz unter den sadenscheinigsten Vorwänden unwirksam zu machen. Die glatte und wohltönende Rhetorik des französischen Außensministers, die auch bei dieser Gelegenheit von Idealismus nur so triest, wirkt

allerdings dann beinahe wie Hohn.

Dieselbe zwiespältige Erscheinung haben wir in der französischen Politik Deutschland gegenüber. Hier lautet die offizielle Parole auf Freundschaft. Nur kurze Zeit einmal hörte man während des erbitterten Ringens um den Youngsplan von Paris aus wieder jene Töne, die man in den Jahren nach Bersailles so sehr gewohnt war. Heute drängt eine Aundgebung für die deutschsfranzösische Annäherung die andere. Tropdem aber hat Frankreich von seinem sachlichen Standpunkte in der Frage der Rheinlandräumung, also des Kernstückes der beutschsfranzösischen Beziehungen, dis heute noch nicht um einen Finger breit nachgegeben. Nach wie vor stellt man die Räumung von Paris aus halb und halb in Aussicht, will dafür aber eine unbefristete, also dauernde Kontrolle im Rheinland schaffen. Das ist bekanntlich eine Forderung, die über den Bersailler Bertrag noch hinausgeht, gegen die sich Deutschland heftig sträubt und die desse

halb die beutschefranzösische Einigung immer wieder unmöglich macht. Frankreich will eben seinen Standpunkt durchsetzen, koste es was es wolle. Zugestehen
muß man dabei freilich, daß die Haltung Deutschlands diese Taktik Frankreichs
geradezu ermutigt. Wie oft schon hieß es von Berlin aus: Unmöglich! Dabei
aber gaben die Deutschen immer nach einiger Zeit nach. Darauf wartet man
auch jetzt in Paris.

Im allergrößten Ausmaß erlebt man schließlich dasselbe Spiel Frankreichs in den Schuldenverhandlungen und im ganzen Streit um das Ziehen der politischen Folgerungen aus der finanziellen Bereinigung der Gesamtlage durch den Doungplan. Man denke an den hartnäckigen Streit um die Bahl des Siges der politischen Konserenz! Man denke an den wohl berechneten Schuß, den Briand mit seinem schönen Plan für das neue Europa dazwwischengefeuert hat! Noch stehen bloß mehr vier Wochen bis zu dem vorausgesehenen Infrafttreten des neuen Finanzplanes am 1. September zur Berfügung und immer noch streitet man sich um formelle Vorfragen. Nachdem man geglaubt hatte, daß die endliche Einigung der Finanzerperten in Paris die Lage geflärt habe, fieht man heute wiederum nur immer neue Schwierigfeiten. Frantreich will eben so wenig als möglich tatjächliche Zugeständnisse machen, deshalb alle diese Wintelzuge. Bas dabei herauskommen wird, das läßt jich heute überhaupt noch nicht überfeben. Dafür aber fpart Briand auch bei diesem warmen Better nicht mit den ichonften Reden und den schönften Planen. Man fann gang sicher fein, daß davon an der diesjährigen Bölkerbundsversammlung ein mahrer überfluß vorhanden fein wird. Rur schade, daß man nie den Gedanten los werden fann, was wohl hinter diesen schönen Rulissen wieder an politischen Schachzügen steckt. Aber freilich, gutgläubige, ja begeisterte Hörer finden diese schönen Phrasen immer. Briand kann ruhig sein, sein schon so und jo oft gebrauchtes Mittel verfehlt seinen Zweck nie.

\* \*

Im übrigen ist wohl hier der passende Ort, um noch einige Worte über das neue Europa des Herrn Briand zu sagen. Es soll das nicht deswegen geschehen, weil zu erwarten ist, daß der Plan schon in nächster Zeit Tatsache werden wird. Wohl aber muß man erwarten, daß der französische Außenminister seinen Plan start in die politische Diskussion hineinrücken wird. So wird in den nächsten Monaten über die Neugestaltung Europas lebhaft hin und her gestritten werden.

Das neue Schlagwort, das in Paris jett zum ersten Mal in der praktischen Politik verwendet wird und das so außerordentlich, "europäisch, friedensfreundlich und wahrhaft fortschrittlich" klingt, verdeckt nach meiner Ansicht nur den neuesten Schachzug der französischen Staatskunst in der Berfolgung ihres in allen Wechselsällen seit 1918 sich gleichbleibenden Zieles, der Sicherung des Siegersgewinns. Unermüdlich ist man in Paris tätig, um für die 1918 errungene Borsmachtstellung auf dem europäischen Festland immer neue Sicherungen herbeiszubringen. Zuerst versuhr man nach dem Rezept von Clémenceau, Poincaré und Foch. Man versuchte es mit der Gewalt und drückte im Versailler Vertrag alle möglichen militärischen Vorteile durch, die es den Unterlegenen unmöglich machen sollten, jemals an eine gewaltsame Anderung des durch die Friedensverträge von 1919 geschassenen Zustandes zu denken. Da man schließlich nicht alles durchsdrücken konnte, was die Militärpartei wünschte, so versuchte Poincaré und die ganze nationalistische Richtung in Frankreich dem in den ersten Friedensjahren nachzuhelsen. Es kam zum Kampse um das Rheinland, zum Ruhrabenteuer u. s. w. Dieser Versuch zum weitern Ausbau der französischen Militärherrschaft ist im Westen, am Rhein, mißlungen; im Osten, in Oberschlesien, Danzig u. s. w. ist er nur halb geglückt. Die französische Militärpartei ist deshalb auch nur halb befriedigt.

Run aber hat die französische Staatskunst andere Mittel und Wege gefunden, die schließlich zu demselben Ziele führen können, zur Berewigung der französischen Bormachtstellung. Gerade das sonst während der Friedensverhandlungen so unangenehm empfundene Eingreifen der Amerikaner zeigte hier den Beg mit der Schaffung des Bölferbundes. Zweifellos in der beften Absicht zur Sicherung des Friedens geschaffen, war die neue Organisation doch von Anfang an mit den Parifer Friedensvertragen aufs engste verknüpft. Die Franzofen erkannten deshalb auch sofort, daß sich hier ein geeigneter Weg öffnete, um die allgemeine Friedenssehnsucht und das Friedensbedürfnis der Welt zur Sicherung der Siegerbeute zu verwenden. Die jeitherige Entwicklung hat diefer Auffassung in vollem Umfange recht gegeben. Der Bölkerbundsvertrag hat sich als ausgezeichnet geeignet erwiesen, um jede Abanderung auch der größten 1919 ge= ichaffenen Mißstände zu hintertreiben. Durch das geschickte Auftreten in Benf ist es dabei ziemlich weitgehend gelungen, jede Bejtrebung zur Anderung des 1919 geschaffenen Zustandes als friedensgefährdend zu brandmarken. Man hat es so verstanden, die pazifistische Bewegung wesentlich für die Erhaltung des französischen Machtspftems auszunüßen und dadurch vielsach in eine durchaus schiese und dem wahren Frieden wenig förderliche Stellung hineinzumanöverieren.

Da Frankreich immerhin die Sicherung durch den Bölkerbund zu lose und unverläßlich vorkam, machte es unaushörliche Borstöße, um von hier aus zu festern Garantien zu gelangen. In diesen Rahmen hinein gehört der Kampf um das Benesch-Protofoll. Auch hier lautete die Parole: Beförderung des Friedens! In Wirklichkeit galt es nur, ftarkere Sicherungen für die unabanderliche Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes in Europa zu schaffen. Am Widerstande Englands ist damals dieser Bersuch gescheitert. Frankreich kommt aber immer wieder darauf zurück. Einmal hat es verstanden, den holländischen Außenminister für seine Sache ins Gener zu schicken. Auch in Bukunft wird es

in diesem Sinne zielbewußt weiter arbeiten.

Im gleichen Zusammenhang muß auch der Locarno-Vertrag gewürdigt werden. Nach dem Schiffbruch der Gewaltpolitik und unter dem Drucke Engslands, das bei seiner umfassenden Ausbauarbeit zur Ausbesserung der Kriegssichäden nicht immer von neuem wieder von europäischen Spannungen gehemmt werden wollte, veranlaßt auch durch die kolonialen Schwierigkeiten und die drohende Währungskatastrophe, hat sich Frankreich schließlich zu einer Art Einigung mit Deutschland bereitsinden lassen. Aber wiederum war der Preisderfür eine neue Vertragslicherung des Luktandes der Pheingerenze Wiederum dafür eine neue Bertragssicherung des Zustandes der Rheingrenze. Wiederum mußte Deutschland versprechen, was es schon im Bersailler Bertrage hatte unterschreiben mussen, daß es die neue Grenze Frankreichs nicht mit Gewalt zu andern versuchen werde. Zugleich aber übernahmen England und Stalien die Garantie für die Innehaltung dieses Bersprechens. Seitdem aber wird von Paris aus immer wieder versucht, noch weitere Staaten zu diefer Garantie gu überreben. Das ift z. B. mit bem neutralen holland ber Fall. Zugleich wird aber von Paris aus auch unaufhörlich versucht, für ben Dften ebenfalls einen Locarno-Bertrag fertig zu bringen. Es handelt fich hier eben um die Sicherung eines andern Teiles bes frangofischen Machtgebaudes, wie ihn die verschiedenen Bafallenstaaten im Often bilben.

In diesen ganzen großen Zusammenhang hinein gehört ganz zweifellos auch der neue Plan Briands zur Schaffung eines europäischen Organismus. Die Einzelheiten sind ja noch nicht bekannt. Wenn alles gut läuft, so wird man sie immerhin in diesem Jahre noch erfahren. Aber auch ohne die Kenntnis ber Einzelheiten ist klar ersichtlich, worauf sich Briand stützen will und was er beabsichtigt. Auch diesmal soll der Plan im Zeichen des Pazisismus stehen. Friedenssicherung durch Zusammenschluß der europäischen Staaten! Außerdem aber wird nun die allmählich wachsende Unruhe in Europa über den wachsenden sinanziellen und wirtschaftlichen und schließlich auch politischen Einfluß der Bereinigten Staaten in Rechnung gestellt. Man fordert deshalb von Paris aus zum Lusammenschluß zur Wahrung der geweinschen wirtschaftlichen Einfluß Jum Zusammenschluß zur Wahrung ber gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zumächst der europäischen Staaten auf. Dieser Gedanke ist schon lange erörtert worden. Er ist bereits in den Massen einigermaßen populär, ohne daß bisher ein praktischer Versuch zur Verwirklichung gemacht worden wäre. Durch die Abernahme der Führung sichert sich hier Paris schon ein wesentliches Plus. Ich will hier auf die Aussichten des Planes durchaus nicht eingehen. Das soll ein andermal in der notwendigen ausschrlicheren Weise geschehen. Ich

möchte hier nur noch darauf hinweisen, was wohl Frankreich von einem solchen neuen Europa erhofft. Für diesen Blan kommt ja eigentlich nur ein kleiner Teil Europas in Betracht. Rugland auf ber einen Seite, England auf ber andern fallen weg. Auch bei Italien ist es sehr unsicher, was es zu den neuen Planen schließlich sagen wird; einstweilen will es noch nicht das Geringste davon wiffen. Ahnlich steht es auch mit Spanien. Bas übrig bleibt, find zwei Großmächte, Frankreich und Deutschland, und eine große Zahl Mittel- und Klein-staaten, von denen eine ganze Anzahl französische Bajallen sind. Es ist klar, daß die Führung in einem solchen Europa bei den Franzosen liegen würde, die ja den Anstoß geben und außerdem die stärtste Militärmacht besitzen. Nun aber ist ein solcher Organismus nur dann denkbar, wenn die verschiedenen Mitgliedstaaten zueinander grundsätzlich freundlich eingestellt sind. In diesem Falle würde das nichts anderes bedeuten, als daß Deutschland eben auf der ganzen Linie sich mit dem bestehenden Zustande absinden würde. Frankreich hatte dann die gewünschte sichere Garantie für den ungestörten Genuß seines Sieges und seines umfassenden Besites. Auf dem europäischen Festlande hätte es die Führung und Europa würde außerdem bei der Verteidigung des nicht ungefährdeten gewaltigen Rolonialreiches hinter ihm stehen. Das ift ohne Zweifel das Bild, das der französischen Staatskunst vorschwebt. Ob seine Verwirklichung allerdings für Frankreich so völlig befriedigend ausfallen würde, das ist noch eine andere Frage.

Marau, den 26. Juli 1929.

heftor Ammann.

# Rultur- und Zeitfragen

## "Lebensdienst".

Die unter dem Titel "Lebensdienst" gesammelten Aufjäte von Ja f o b Basser mann verdienen Beachtung, weil sie sehr deutlich die Versassungeines Kreises von Männern in Deutschland zeigt, der ohne Zweisel zu dem geistig bedeutendsten zählt, sich nun berusen sühlt, aus der Zeitabgewandtheit des Dichters herauszutreten und mitzuwirken an Deutschlands Erneuerung. Herzeigt sich nun aber sosort ein schwer zu überwindendes hindernis für den Versasseigt sich nun aber sosort ein schwer zu überwindendes hindernis für den Versassein will. Er entstammt einer seit Jahrhunderten im Fränklichen ansässigen Familie, die die Schicksale des Landes miterlebt hat. Er gehört also nicht zu jenen Juden, die, kaum aus Polen oder Rußland eingewandert, sich berusen halten, eine tätige Rolle im öfsenklichen deutschen Leben zu führen. Diese Sorte wird von Bassermann so gegeißelt, wie es der "Hammer" nicht schärer tun könnte, freilich aus verletzter Liebe, sowie etwa Hölkerlin am Schlusse des Hut, wenn er Rapoleon in einer Schlußabrechnung auch die deutsche knecktische Gesinnung, die ihm seine Triumphe ermöglicht habe, höhnisch an den Pranger stellt. Richt zu jenem Juden also bekennt sich Wassermann, sondern zu dem orientalischen im mythischen Sinne "mit seiner verwandelnden Kraft zur Gegenwart", und die ihn zum Schöpfer machen kann, wie das auf S. 174 ausgeführt wird: Das bezieht sich aber doch wohl mehr auf das Geistige und mag als ein Ideal richtig sein, während dem Leser nicht gleich ein Beispiel der Auswirkung dieser Krast im deutschen Kulturleben zur Hand sein wird. Der sollte hiermit doch mehr das orientalischen Kulturleben zur Hand sein wird. Der sollte hiermit doch mehr das orientalischen Kulturleben zur Hand sein wird. Der sollte hiermit doch mehr das orientalischen Zurbernann zu einigen aus tiesstem Gefühle geschriebenen zeine getrieben. Er hat sie nun auch in die Sammlung aufgenommen und insofern ist eine Kritik gestattet. Was der Freund in heiligem Schmerze gesagt